

Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Auch im vergangenen Jahr führte die Covid-19-Pandemie zu erheblichen organisatorischen Problemen im Arbeitsablauf des Ausschuss der Regionen (AdR). Die Plenartagungen sowie Sitzungen der Fachkommissionen fanden virtuell beziehungsweise hybrid mit wenigen Mitgliedern vor Ort statt. Trotz dieser widrigen Bedingungen konnten die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt und wesentliche inhaltliche Akzente gesetzt werden.

Zu Beginn der neuen Mandatsperiode 2020–2025 beschlossen die 329 AdR-Mitglieder am 2. Juli 2020 ein Arbeitsprogramm für den Fünfjahreszeitraum mit drei Prioritäten, denen 74 Einzelmaßnahmen zugeordnet wurden, die sukzessive abgearbeitet werden sollen:¹

- Die Europäische Union (EU) bürgernäher gestalten: Stärkung der demokratischen Verfasstheit der EU und gemeinsame Anstrengungen für ihre Zukunft.
- Die Folgen des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels in puncto Digitalisierung, Umweltschutz und demografischer Entwicklung für den Aufbau widerstandsfähiger regionaler und lokaler Gemeinschaften verstehen und bewältigen.
- Sicherstellen, dass die EU auf der Grundlage der Grundwerte des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts stets im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger und deren Heimatorte handelt.

Von Juni 2020 bis Mai 2021 fanden insgesamt sechs Plenartagungen statt.² Dabei wurden von den 329 Vertreterinnen und Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften sechs Resolutionen und 71 Stellungnahmen beschlossen. Die Bandbreite der dabei behandelten Themen umfasste neben den obligatorischen Stellungnahmen zu Initiativen der Europäischen Kommission mit lokalem und regionalem Bezug auch Initiativsternnahmen und Resolutionen zu übergreifenden politischen Fragen (siehe Tabelle 1).

Wie auch in den Vorjahren nahmen zahlreiche Mitglieder der Europäischen Kommission, Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaften sowie Berichterstatterinnen und Berichterstatter und Ausschussvorsitzende des Europäischen Parlaments an den virtuell beziehungsweise hybrid durchgeführten Plenar- und Fachkommissionssitzungen teil und nutzten die Gelegenheit zu politischen Aussprachen. Am 13. Oktober 2020 erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 und warb um die Unterstützung von Regionen und Kommunen bei der Bewältigung der Pandemie.³ Der portugiesische Premierminister António Costa, selbst früheres AdR-Mitglied, erläuterte am 5. Mai 2021 die Prioritäten seines Landes für die sechsmonatige Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2021.

1 Europäischer Ausschuss der Regionen: Entschließungen, Empfehlungen und Stellungnahmen, in: Amtsblatt der EU C 324, 1.10.2020, S. 8–15.

2 Europäischer Ausschuss der Regionen: Plenary sessions, abrufbar unter: <https://cor.europa.eu/de/our-work/plenaries/Pages/default.aspx> (letzter Zugriff: 15.6.2021); Ausschuss der Regionen: Members' Portal, abrufbar unter: <https://mempportal.cor.europa.eu/> (letzter Zugriff: 15.6.2021).

3 European Week of Regions and Cities 2020: Debate on Germany's presidency of the Council of the European Union [Video], 13.10.2020, abrufbar unter: <https://euregionsweek2020-video.eu/video/debate-on-germanys-presidency-of-the-council-of-the-european-union> (letzter Zugriff: 8.6.2021).

Schwerpunkte der Arbeit des AdR

Einmal mehr war die Themenpalette im AdR breit gefächert und umfasste alle Aspekte des Handelns der EU mit regionalem und kommunalem Bezug. Aus der Vielzahl der behandelten Themen kann aus Platzgründen nachfolgend lediglich auf zwei besonders wichtige Arbeitsfelder eingegangen werden: Die Zukunft Europas und die Covid-19-Pandemie.

Tabelle 1: AdR-Sitzungen Juni 2020 bis Mai 2021 im Überblick

Plenartagung	Stellungnahmen	Resolutionen	Inhaltliche Schwerpunkte	Wichtige Gesprächspartner
139. am 30.6./1.–2.7.2020	8	3	Online-Tagung unter anderem zu European Green Deal; Covid-19-Krise; mehrjähriger Finanzrahmen.	Haushaltskommissar Johannes Hahn; Binnenmarktkommissar Thierry Breton, MdEP Pascal Canfin, Vorsitzender des Umweltausschusses.
140. am 12.–14.10. 2020	25	1	Europäische Woche der Regionen und Kommunen; Digitale Strategie; Grenzüberschreitende Gesundheitspolitik; Gleichstellung; Europäischer Aufbauplan zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie; Gleichwertige Lebensverhältnisse in der EU.	Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen; Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans; Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni; Beschäftigungskommissar Nicolas Schmit; Präsident der Europäischen Investitionsbank Werner Hoyer.
141. am 8.–10.12. 2020	9	1	Territoriale Konsequenzen des Brexit; Nachhaltiger Tourismus; Wiederbelebung des ländlichen Raums; Klimawandel; Stärkung lokaler Governance und repräsentativer Demokratie durch neue digitale Technologien; Herausforderungen für den öffentlichen Nahverkehr.	Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi; Agrarkommissar Janusz Wojciechowski; Kommissarin für Migration und Inneres Ylva Johansson; Bundesumweltministerin Svenja Schulze; Sadiq Khan, Bürgermeister von London.
142. am 3.–5.2. 2021	8	1	Covid-19-Impfkampagne; Europäische Bürgerinitiative; Erholung des Kultur- und Kreativsektors und des neuen europäischen Forschungsraums; Prioritäten der portugiesischen Ratspräsidentschaft; Wettbewerbspolitik; Jugendbeschäftigung; Umweltaktionsprogramm	Kohäsionskommissarin Elisa Ferreira; Forschungskommissarin Mariya Gabriel; Portugiesische Europa-staatssekretärin Paula Zacarias; Präsidentin des Wirtschafts- und Sozialausschusses Christa Schweng; Regionaldirektor Europa der Weltgesundheitsorganisation Hans Henri P. Kluge.
143. am 17.–19.3.2021	8	0	Migrations- und Asylpaket, Europäischer Bildungsraum 2025; Angemessene Mindestlöhne; Öffentliche Gesundheit; Klimawandel, European Green Deal; Beschäftigung, Handelspolitik.	Präsident des Europäischen Rates Charles Michel; Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis; Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides; MdEP Eva Maydell,
144. am 5.–7.05.2021	13	0	Konferenz zur Zukunft Europas; Klimaneutrale Wirtschaft; Gleichstellungspolitik; Lehren aus der Covid-19-Pandemie; Gesundheitspolitik; Europäische Säule sozialer Rechte.	António Costa, Ministerpräsident Portugals; EP-Präsident David Sassoli; Gleichstellungskommissarin Helena Dalli; Herman Van Rompuy, Vorsitzender der hochrangigen Gruppe zu Fragen der Demokratie des AdR.
Gesamt	71	6		

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Zukunft Europas

Seit vielen Jahren ist die Weiterentwicklung der EU ein Arbeitsschwerpunkt des AdR. In den vergangenen Jahren waren in der Reihe „Nachdenken über Europa“ bereits zahlreiche Veranstaltungen in Brüssel und dezentral durchgeführt worden, bei denen Ziele und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger abgefragt und diskutiert worden waren. Diese Aktivitäten wurden im Hinblick auf die nach dem Amtsantritt der Europäischen Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen von den EU-Organen beschlossene Konferenz zur Zukunft Europas intensiviert. Der AdR reklamierte wegen dieser Vorarbeiten und wegen seines besonderen Einsatzes für Bürgernähe und Subsidiarität für sich eine tragende Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz und konnte erreichen, dass er an der Organisation und am Funktionieren der Zukunftskonferenz in verschiedener Weise beteiligt wird:⁴

- Der AdR-Präsident wirkt als Mitglied im Exekutivausschuss der Konferenz.
- 18 AdR-Mitglieder sind in der Plenarversammlung der Konferenz vertreten.
- Der AdR organisiert eine Vielzahl von Informationsmaßnahmen und leitet die Ergebnisse an die Konferenz weiter.

Zudem setzte der AdR im Dezember 2020 eine hochrangige Gruppe zu Fragen der Demokratie ein, die unabhängig aber in engem Kontakt mit dem AdR handeln soll. Sie steht unter dem Vorsitz des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, und hat neben ihm noch sechs weitere hochrangige Mitglieder.⁵

In mehreren Entschlüssen, unter anderem am 7. Mai 2021, beschloss der AdR seine Erwartungen an und Ziele für die Zukunftskonferenz:⁶

- Die Konferenz müsse im Hinblick auf demokratische Teilhabe und Bürgerbeteiligung ein Erfolg werden. Der verzögerte Beginn der Konferenz müsse zu einer Verdopplung des Arbeitseinsatzes führen, um die Verkürzung des ursprünglich auf zwei Jahre angelegten Prozesses auf ein Jahr auszugleichen.
- Der Konferenz werde es nur möglich sein, tragfähige Vorschläge vorzulegen, wenn ein wesentlicher Teil dieser Vorschläge aus einem aktiven Dialog und Konsultationen mit der subnationalen Ebene hervorgegangen ist. Denn die meisten Themen der Konferenz fielen in die Zuständigkeit der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.
- Die Konferenz müsse einen ergebnisoffenen Ansatz im Hinblick auf die Reform der Politikbereiche und der Organe und Einrichtungen verfolgen und den Weg für dauerhafte Reformen der EU ebnen, die über die Laufzeit der Konferenz hinausreichen.

Covid-19-Pandemie

Das im Auftrag des AdR erstellte und am 12. Oktober 2020 erstmals vorgelegte regionale und lokale Jahresbarometer zeigte, dass 2020 mehr als die Hälfte der subnationalen Regierungen sehr starke Auswirkungen der Pandemie auf ihre finanzielle Situation bekundet hatten.⁷ Es basierte auf den Ergebnissen einer gemeinsamen Umfrage von AdR und

4 Europäischer Ausschuss der Regionen: 204th meeting of the European Committee of the Regions Bureau, 28.5.2021, COR-2021-02113-02-00-NB-TRA, Item 3b.

5 Europäischer Ausschuss der Regionen: Pressemitteilung, Herman Van Rompuy übernimmt Vorsitz der Hochrangigen Gruppe „Europäische Demokratie“ des AdR zur Stärkung der regionalen und lokalen Dimension der Konferenz zur Zukunft Europas, 10.12.2020, abrufbar unter: <https://cor.europa.eu/de/news/Pages/future-of-europe-group.aspx> (letzter Zugriff: 9.6.2021).

6 Europäischer Ausschuss der Regionen: Entschließung zu der Konferenz zur Zukunft Europas, 144. Plenartagung, 5.–7. Mai 2021, RESOL-VII/011.

7 Europäischer Ausschuss der Regionen: EU annual regional and local barometer, Full Report, Brüssel 2020.

der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in 300 Kommunen und Regionen und befasste sich hauptsächlich mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse verwies der AdR in seiner Entschließung vom 14. Oktober 2020 darauf, „dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vor Ort für die Krisenbewältigung zuständig sind und im Einklang mit der Zuständigkeitsverteilung zwischen den verschiedenen Governance-Ebenen in den Mitgliedstaaten für wesentliche Aspekte der Eindämmungsmaßnahmen, der Gesundheitsversorgung, der Sozialdienste und der wirtschaftlichen Entwicklung verantwortlich sind.“⁸ Er betonte die Notwendigkeit eines koordinierten Notfallmanagements sowie einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, um eine kohärente und effiziente Reaktion auf künftige Krisen zu gewährleisten.⁹ Die Krise habe zu höheren Ausgaben und sinkenden Einnahmen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften geführt. Deshalb müssten diese von den nationalen Regierungen und der EU ausreichende Mittel erhalten, um ihre Gesundheitssysteme jetzt und auf Dauer zu stärken. Regionale Unterschiede bei der Gesundheitsversorgung sollten durch die zuständigen nationalen Behörden ausgeglichen werden. Ergänzt werden sollte dies durch Fördermaßnahmen aus dem Programm EU4Health, die rescEU-Reserve und Flexibilitätsmaßnahmen.

Die Pandemie als Herausforderung für die praktische Arbeit

Unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie musste die Arbeit des AdR völlig anders organisiert werden als üblich. Persönliche Kontakte waren erschwert beziehungsweise unmöglich geworden. Jedoch erlaubte die Durchführung virtueller Sitzungen vielfach auch die Teilnahme von Mitgliedern und Gästen, die ansonsten aus organisatorischen und Zeitgründen kaum möglich gewesen wäre. So konnten die Ratspräsidentenschaften Deutschlands und Portugals auf Regierungsebene erläutert und diskutiert werden. Hinzuweisen ist auch darauf, dass die Europäische Woche der Städte und Regionen 2020 erstmals unter dem Motto „Restart. Europe. Together“ virtuell durchgeführt wurde und mit 12 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Rekordergebnis erzielte.¹⁰

Weiterführende Literatur

Isabelle Christine Büttner: Political Interest vs. Regional Interest in the European Committee of the Regions, Bachelor-Arbeit 2020, University of Twente, abrufbar unter: http://essay.utwente.nl/82391/1/B%C3%BCttner_BA_faculty%20of%20behavioural%2C%20management%20and%20social%20sciences.pdf (letzter Zugriff: 8.6.2021).

Justus Schönlau: Beyond mere ‘consultation’: Expanding the European Committee of the Regions’ role, in: *Journal of Contemporary European Research* 2/2017, S. 1167–1184.

Salvatore Fabio Nicolosi/Lisette Mustert: The European Committee of the Regions as a watchdog of the principle of subsidiarity, in: *Maastricht Journal of European and Comparative Law* 3/2020, S. 284–301.

Birte Wassenberg: *The History of the Committee of the Regions. 25 years of cities and regions furthering European integration*, Brüssel 2020.

8 Europäischer Ausschuss der Regionen: Entschließung zum Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen 2020 – Lokale und regionale wegweisend im Kampf gegen COVID-19 und beim Wiederaufbau, in: *Amtsblatt der EU* C 440, 18.12.2020, S. 1.

9 Europäischer Ausschuss der Regionen: Entschließung zum Jahresbarometer, 2020.

10 European Week of Cities and Regions: Results, 2020, abrufbar unter: https://europa.eu/regions-and-cities/results-2020_en (letzter Zugriff: 10.6.2021).